













Sessionsrückblick

Frühjahr 2022 (28. Februar – 18. März 2022)



Überblick

Nationalrat				
Nr.	Titel	Entscheidung	Beurteilung	Seite
21.032	Entsendegesetz. Änderung	Angenommen		3
20.3531 20.3532	Mo. Caroni. Fairer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen Mo. Rieder. Fairer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen	Angenommen		3
21.305	Kt. Iv. Jura. Moratorium für den Aufbau des 5G-Millimeterwellennetzes	Abgelehnt		3
21.4334	Mo. UREK-N. Verjährung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen	Angenommen		4
21.4332	Po. UREK-N. Anreiz für sparsamen Umgang mit Deponieraum und für Recycling von Baustoffen	Angenommen		4
17.526	Pa. Iv. Walliser. Verdichtung ermöglichen. Beim Isos Schwerpunkte setzen	Abgeschrieben		4
17.525	Pa. Iv. Rutz. Verdichtung ermöglichen. Widersprüche und Zielkonflikte aufgrund des Isos ausschliessen	Abgeschrieben		4
20.492	Pa. Iv. Bregy. Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung. Dem Parlament verbindlich vorlegen!	Angenommen		5
Ständerat				
Nr.	Titel	Entscheidung	Beurteilung	Seite
21.4665	Mo. Ettlín. Stellenmeldepflicht. Wiedereinführung eines praxistauglichen Schwellenwertes	an Kommission		6
20.3266	Mo. Gapany. Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen. Artikel 24 aufheben, damit der Grundsatz "Pacta sunt servanda" gewahrt bleibt	Abgelehnt		6
18.306	Kt. Iv. Tessin. Bekämpfung des Lohndumpings. Erweiterung des Begriffs der missbräuchlichen Kündigung	Abgelehnt		6
22.3008	Mo. FK-S. Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten	Angenommen		7

Nationalrat

Der Nationalrat behandelte folgende für den Schweizerischen Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

21.032 Entsendegesetz. Änderung

Der Nationalrat spricht sich für eine nationale Regelung zur Durchsetzung der Regeln für Entsandte aus - mit 106 zu 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Nun ist wieder die kleine Kammer am Zug. Diese hatte die Vorlage schon einmal abgelehnt. Bleibt sie bei ihrem Entscheid, ist die Vorlage vom Tisch.

Haltung SBV: Der neue Art. 7 Abs. 1^{bis} EntsG sieht vor, dass die Einhaltung der kantonalen Mindestlöhne generell von der zuständigen Behörde des betreffenden Kantons kontrolliert werden soll. Sozialpartnerschaftliche Lösungen in einer Branche sind zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt und geben die Bedingungen und Möglichkeiten in einer Branche viel exakter und realistischer wieder, als dies gesetzliche Bestimmungen können. Der Arbeitsmarkt in der Schweiz profitiert davon, dass primär sozialpartnerschaftliche Vereinbarung für faire Arbeitsbedingungen sorgen und nicht gesetzliche Überregulierung dafür zuständig ist.

20.3531 Mo. Caroni. Fairer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen 20.3532 Mo. Rieder. Fairer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen

Die grosse Kammer stimmte beiden Motionen mit 2/3-Mehrheit zu. Der Ständerat hatte die Motionen in der Herbstsession 2021 angenommen. Der Bundesrat muss nun Vorschläge zur Umsetzung ausarbeiten.

Haltung SBV: Staatsunternehmen und staatsnahe Betriebe sollen sich auf klar bestimmte Dienstleistungen fokussieren. Die von Bundesrat auszuarbeitende Gesetzesrevision muss darum Staatsunternehmen zurechtweisen, welche sich über ihr Mandat hinwegsetzen und private Unternehmen konkurrenzieren und damit den Wettbewerb einschränken.

21.305 Kt. Iv. Jura. Moratorium für den Aufbau des 5G-Millimeterwellennetzes

Die kantonale Initiative nach einem Moratorium für 5G hat auch der Nationalrat, wie zuvor der Ständerat, abgelehnt. Die Initiative ist damit definitiv abgelehnt.

Haltung SBV: 5G ist eine wichtige Bedingung für die Baustelle der Zukunft. Eine hohe und zuverlässig übertragbare Datenmenge ist eine Voraussetzung dazu. Das 5G -Netzwerk verbessert diese Komponenten. Die oppositionslose Ablehnung des Moratoriums ist auch ein starkes Signal zur Einführung eines 5G-Mobilfunkstandards. Der Bundesrat ist nun gefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

21.4334 Mo. UREK-N. Verjährung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen

Gemäss der Empfehlung der vorberatenden Kommission hat der Nationalrat die Motion angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Haltung SBV: Dieser Vorstoss korrigiert eine unverhältnismässige Urteilsprechung wonach illegale Bauten ausserhalb der Bauzonen keine Verjährungsfrist für die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes mehr gilt. Bis anhin galt eine Frist von 30 Jahren. Warum ausserhalb der Bauzone nun eine Spezial-Regeln gelten soll, ist unverständlich. Ein Einklang mit der Handhabung innerhalb der Siedlungszone ist äusserst wünschenswert.

21.4332 Po. UREK-N. Anreiz für sparsamen Umgang mit Deponieraum und für Recycling von Baustoffen

Dieses Postulat hat der Nationalrat angenommen und hat es somit an den Bundesrat überwiesen. Er folgte damit den Ausführungen der UREK-N, welche sich für das Postulat ausgesprochen hatte.

Haltung SBV: Der Bausektor ist Teil der Lösung mittels Kreislaufwirtschaft. Lenkungsabgaben können kontraproduktiv wirken und unterstützen die Baubranche in der Kreislaufwirtschaft kaum. Die richtigen Rahmenbedingungen und die Förderung der Nachfrage nach Kreislaufwirtschafts-Produkten entlasten die Deponien. Wenn das Potenzial der Kreislaufwirtschaft ausgeschöpft werden kann, gehen die Volumen in den Deponien zurück. Der Bundesrat sollte in Betracht ziehen, dass bei der Deponierung eine allfällige künftige Verwertung der Stoffe nicht ausgeschlossen ist. Gewisse Restteile verschwinden aber nie.

17.526 Pa. Iv. Walliser. Verdichtung ermöglichen. Beim Isos Schwerpunkte setzen

Die bereits angenommene Parlamentarische Initiative hat der Nationalrat am Ende der Session beschrieben.

Haltung SBV: Das Bundesinventar für schützenswerte Ortsbilder (ISOS) beinhaltet bereits 20% aller Gebäude in der Schweiz und wird laufend ergänzt. Kantonale und Kommunale Ortsbildregeln ergänzen das ISOS und erstellen so enorme Erhaltungsansprüche. Der als Abschreibungsgrund aufgeführte Bericht des Bundesrates erhöht nur einseitig Schutzansprüche des Ortsbildschutzes.

17.525 Pa. Iv. Rutz. Verdichtung ermöglichen. Widersprüche und Zielkonflikte aufgrund des Isos ausschliessen

Wie die vorangehende Parlamentarische Initiative, hat der Nationalrat auch diese beschrieben.

Haltung SBV: Verdichtungsprojekten wird bei den Interessensabwägungen zu wenig Gewicht zugestanden. Ortsbild- und Denkmalschutz haben ihre Berechtigung, sie vereinnahmen jedoch zu viele Gebäude (mehr als 20% in der Schweiz). Die Siedlungsentwicklung nach innen, wie es das Raumplanungsgesetz vorsieht, ist zu wenig verankert und bedarf dringender Aufwertung.

20.492 Pa. Iv. Bregy. Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung: Dem Parlament verbindlich vorlegen!

Die grosse Kammer gab der Parlamentarischen Initiative Folge. Ist auch der Ständerat oder bereits vorher dessen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-S) damit einverstanden, kann die Nationalratskommission einen Erlassentwurf ausarbeiten.

Haltung SBV: Die Sachpläne des Bundesrates beinhalten nicht selten grundlegende Elemente, welche «nur» durch den Bundesrat genehmigt werden. Als Beispiel gilt der Programmteil des Sachplans Verkehr, welcher als behördenverbindlich gilt und nun weitreichenden Einfluss auf die STEP-Programme enthält. Solch grundlegende Vorgaben sollten durch das Parlament legitimiert sein.

Ständerat

Der Ständerat behandelte folgende für den Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

21.4665 Mo. Ettlin. Stellenmeldepflicht. Wiedereinführung eines praxistauglichen Schwellenwertes

Der Ständerat hat die Motion an die zuständige Kommission zugewiesen.

Haltung SBV: Der bei 5% festgesetzte Schwellenwert ist zu tief angesetzt und wirkt sich insbesondere in Fällen wirtschaftlicher Schwankungen zu stark auf die Anzahl meldepflichtiger Berufe aus, was im Jahr 2020 zeitweise gar zu einer Sistierung der Stellenmeldepflicht geführt hat. Für die Erlangung einer Stabilisierung der Anzahl meldepflichtiger Berufe ist eine Erhöhung des Schwellenwertes essenziell. Die Wiedereinführung des praxistauglichen Schwellenwertes von 8% drängt sich auf, weil die Stellenmeldepflicht einen grossen administrativen Aufwand für die Unternehmen der betroffenen Branchen wie Landwirtschaft, Hotellerie, Gastronomie und Bauwirtschaft verursacht. Damit das Instrument griffig bleibt, die Kosten für Staat und Wirtschaft nicht weiter steigen und generell die Akzeptanz nicht nachhaltig geschädigt wird, müssen sich die Arbeitsmarktbehörden auf diejenigen Branchen fokussieren können, in welchen diese staatliche Unterstützung auch wirklich benötigt wird.

20.3266 Mo. Gapany. Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen. Artikel 24 aufheben, damit der Grundsatz "Pacta sunt servanda" gewahrt bleibt

Bereits die vorberatende Kommission empfahl die Motion zur Ablehnung, nun ist der Ständerat dieser Empfehlung gefolgt. Der Vorstoss ist damit erledigt.

Haltung SBV: Das jetzige Gesetz stellt eine unzulässige Einmischung in das Handeln eines Unternehmens dar und eine Verletzung des Grundsatzes «pacta sunt servanda»: Wurde ein Vertrag einmal geschlossen, so haben ihn beide Parteien einzuhalten. Momentan kann die Auftraggeberin nachträglich eine Bestimmung des Vertrags einseitig aufheben und damit die Erstattung des Preises nach Erbringung der Leistung erwirken.

18.306 Kt. Iv. Tessin. Bekämpfung des Lohndumpings. Erweiterung des Begriffs der missbräuchlichen Kündigung

Der Ständerat hat diese kantonale Initiative abgelehnt. Sie ist damit erledigt.

Haltung SBV: Die Initiative hätte sich in Gesamtarbeitsverträge (GAV) eingemischt. Diese sind komplexe ausgewogene Gesamtpakete, welche die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen abbilden. Die geplante staatliche Einschränkung hätte wirtschaftsfeindliche Ausprägungen gehabt, erst recht, wenn sie auf einem so unklaren Kriterium wie «gleichqualifiziert» basiert. Darüber war es störend, dass bürokratische (Schein-) Lösungen auf nationaler Ebene angestrebt wurden, mit denen sich einzelne Regionen konfrontiert sehen.

22.308 Mo. FK-S. Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten

Mit deutlicher Mehrheit hat der Ständerat die Motion seiner Finanzkommission angenommen. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

Haltung SBV: In Pandemiezeiten sollte man an geplanten Investitionen festhalten. Der Bundesrat soll mit der Motion die Defizite der SBB während der Pandemiezeit als ausserordentlich anerkennen. Am Ausbauschnitt 2035 könnte damit gemäss bisheriger Planung festgehalten werden und der beauftragte Bericht zur Einschätzung der Umsetzung kann dazu dienen, die Herausforderungen gezielt anzugehen.

Impressum

Schweizerischer Baumeisterverband

Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich

Bereich Politik & Kommunikation

Bernhard Salzmann
Vizedirektor, Leiter Politik & Kommunikation
Tel. 058 360 76 30
bsalzmann@baumeister.ch

Dossiers:

Arbeitsrecht und Sozialversicherungen

Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
mengel@baumeister.ch

Klima-, Energie- und Umweltpolitik

Laurent Widmer
Tel. 058 360 77 01
lwidmer@entrepreneur.ch

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
mmaniera@baumeister.ch

Raumpolitik / Infrastruktur & Mobilität

Gian Nauli
Tel. 058 360 76 36
gnauli@baumeister.ch